

## Deutschland.

□ Berlin, 16. April. Sr. K. H. der Kronprinz wird seine Reise nach Italien über München machen. Der König von Bayern hat den Kronprinzen auf amtlichem Wege sein Bedauern auszusprechen lassen, wenn er, durch Unwohlsein verhindert, ihn nur in seinen Gemächern empfangen und nicht mit den ihm gebührenden und am bayerischen Hofe üblichen Auszeichnungen aufnehmen könne. Der König von Bayern ist bekanntlich schon seit einiger Zeit erkrankt. — In französischen hohen Kreisen hat das Eingehen der „Situation“ einen angenehmen Eindruck gemacht. Das Blatt hat es nicht über 80 Abonnenten gebracht und einen Zuschuß von 40,000 Frs. monatlich erhalten. Eigenthümlich ist es, daß sich die „France“ bereit erklärt hat, die Abonnenten der „Situation“ zu übernehmen. Das neuerdings in Dresden begründete Hiesinger Organ, das „Bulletin international“, schreibt in die Stelle der „Situation“ einzuweisen. Dasselbe sympathisirt mit den sächsischen Demokraten und Republikanern, findet, daß die Zukunft Deutschlands in den Händen der Feinde Preußens liege und deutet, wenn schon noch verblümt, auf eine föderalistische Republik entgegen der jetzigen Konstitution der Staaten hin. — Den französischen alarmirenden Agitationen gegenüber, die jede Frage zu einer Kriegsfrage machen, äußert sich auch die „Opinion nationale“ eingehend über die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Das Blatt hält dem französischen Publikum vor, wie Unrecht es thue, die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern fortwährend in Frage zu stellen, statt sie zu befestigen, und sie durch das Vorgehen zu fördern, daß das Ansehen Frankreichs durch die Neugestaltung Deutschlands Abbruch erlitten habe. Das sei in keiner Weise der Fall. Viel verschulde hierbei die Regierung dadurch, daß sie zwischen zwei Systemen hin und her schwankt und keinen bestimmten Entschluß fassen könne, sich für das Eine oder Andere zu entscheiden. Dies werde aber so lange fortbauern, bis die Regierung der Nation die nöthige Mitwirkung bei der Beratung der öffentlichen Angelegenheiten einräume. Eigenthümlich klingt diesem Bekenntnis gegenüber die Aufstellung der „Revue moderne“, daß Frankreich bei einem Kriege mit Preußen schon in seinen liberalen Institutionen große Chancen für sich habe, um die außer der „Opinion nationale“ noch manche Andere Frankreich nicht beneiden. — Mehrfachen falschen Nachrichten in den Zeitungen gegenüber können wir mittheilen, daß der Kriegsminister von Moyn, so viel jetzt bestimmt ist, etwa Mitte Mai hierher zurückkehren und alsbald nach seiner Rückkehr die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen wird. — Der in Rußland verweilte hessisch-darmstädtische Kriegsminister v. Drolmann hat bis jetzt einen Nachfolger nicht erhalten. Es ist Hoffnung vorhanden, daß die Beförderung dieses Postens überhaupt nicht wieder erfolgen wird. Und bei objektiver Betrachtung des Sachverhältnisses kann in der That mit Grund behauptet werden, daß für die militärische Verwaltung der hessischen Division, die bekanntlich einen Theil der norddeutschen Bundesarmee bildet, ein besonderes Ministerium nicht erforderlich ist. Es wird mit dem Wegfall desselben zugleich eine Quelle von Differenzen ausgestrichen, die hier und da bis jetzt vorgekommen sind. — Die „Elbsfelder Zig.“ erwähnt den hier zum Schutze der Auswanderer begründeten Privatverein und knüpft daran einige ganz falsche und alberne Nachrichten. An der Spitze des Vereins soll nach dieser Zeitung der Deputirte für Auswanderer-Angelegenheiten im Ministerium des Innern Geh. Rath Lüdemann stehen und der Verein überhaupt ein Contrepoint des Ministers Grafen Eulenburg gegen den Bundeskanzler Grafen Bismarck sein. Wie gut der Korrespondent unterrichtet, beweist schon der Umstand, daß Geh. Rath Lüdemann nicht Deputirter für Auswanderer-Angelegenheiten im Ministerium des Innern, sondern Chef der I. Abtheilung des Polizeipräsidenten ist und dem in Frage stehenden Verein nicht als Beamter, sondern als Privatperson vorsteht. Die ganze Nachricht beruht daher auf falschen Thatsachen und gleicht nur einem neuen Beweis dafür, daß einige Demokraten und National-Liberalen noch immer nicht von der fixen Idee geheilt sind, daß zwischen dem Grafen Bismarck und Grafen Eulenburg ein Gegensatz besteht.

□ Berlin, 17. April. Sr. Maj. der König arbeitete gestern mit dem General v. Pöblichsky und dem Chef des Militär-Kabinetts v. Tredeow; die Befestigung des Lehr-Infanterie-Bataillons zu Potsdam war abgesagt worden. Mittags 12½ Uhr stattete der Kronprinz dem Königs-paare einen Abschiedsbesuch ab. Die für gestern Abends bestimmte Soirée findet heute statt.

— Der Kronprinz hat gestern um 12½ Uhr mit dem Gefolge auf der Anhalter Bahn die Reise nach Turin und Florenz angetreten. Das Diner fand in Leipzig statt und in München wurde in Folge der Einladung des königlichen Hofes das Nachlager genommen. Ende April wird die Rückkehr des Kronprinzen aus Italien erwartet.

— Die Frau Kronprinzessin kehrt am 26. d. M. von Gotha nach dem Neuen Palais zu Potsdam zurück.

— (Post.) Da die Süddeutschen den Preußen und dem ganzen Norden gegenüber wieder einmal so sehr auf ihr vorzügliches Deutschthum pochen, so wird es nicht unstatthaft sein, auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der die Ansichten über diesen Punkt zu berichtigen geeignet ist. Kein norddeutsches Land ist je von einer fremden Macht an sich gerissen worden; keines, das zeitweise unter fremde Herrschaft gerieth, hat seine Nationalität nicht mühsig gewahrt und erhalten; keines, das an fremde Nationalitäten grenzte, hat ihnen nicht weite Landesstrecken abgerungen, hat nicht Hunderttausende germanisirt, und den Umfang und die Kraft des Reiches beträchtlich vermehrt. In so hohem Grade ist dies geschehen, daß der Schwerpunkt deutscher Macht und Bildung in Preußen, eine norddeutsche Kolonie, gefallen ist, und das den Polen,

Wenden, Tschechen und Dänen abgewonnene Kolonial-Land ein volles Drittel des heutigen Deutschland beträgt. Damit vergleiche man nun die entsprechenden süddeutschen Verhältnisse. Süddeutschland hat niemals eine Kolonie gehabt. Seine Söhne leisteten vermittels fürstlicher Heirathen das österreichische Reich, aber sie konnten nur Land erwerben, keine Fremden verdeutschten. Fremd stehen sie noch heute den Polen, Magyaren, Tschechen, Slovenen, Slovaken etc. gegenüber und werden neuerdings in ihrem eigenen Reich aus dem Hause gewiesen. Aber nicht genug, daß sie mit der Wucht der deutschen Nation hinter sich unvermögend gewesen sind, auf diese fremden Elemente eine geistige oder wirtschaftliche Attraktion auszuüben, haben sie selber dem Einfluß der Fremden unterlegen. In Ungarn ist der Deutsche stolz darauf, enge Höfen anzuziehen und magyarisch zu radebrechen; in Südtirol prunkt er mit seinem neuen Italienerthum und steht mißfällig auf die plumpen Jodels und Michaels des Oebirges herab, in Galizien duckt er unter vor der polnischen Propaganda, in Böhmen fängt er eben erst an, ein Lebenseigenen zu geben. Sollen wir das Bild vervollständigen? Sollen wir uns schamroth machen mit der Erinnerung, daß im deutschen Schweizerlande bis zu unseren jüngsten Siegen der Name „Düsscher“ ein Schimpfname gewesen ist? Sollen wir jenes anderen, ehrenwerthen allemännischen Stammes gedenken, der in Elßaß und Lothringen begeistert rufte: „Wer sein Franzosen!“ Dies also ist der süddeutsche Stolz auf die eigenen nationalen Eigenthümlichkeiten, die die Kraft, mit der sie vertheidigt worden sind. Das Resultat von alledem ist ein trauriges, aber es muß gezogen werden, ehe es damit besser werden kann. Der Süddeutsche hat weder dem Franzosen, noch dem Italiener, noch dem Ungar, noch dem Slaven gegenüber ein Nationalgefühl; er hat es nur gegen den Norddeutschen. Er kann sich dem Fremden gegenüber nicht geltend machen, wohl aber mit seinem Bruder zanken. Zu weich und impressibel, um sich im Auslande zu behaupten, ist er gerade aktiv genug, um in der Heimath zu neiden und zu nörgeln. So ist es gekommen, daß er Alles, was er für das Reich hätte erwerben und halten sollen, verloren und vergubet hat, und nunmehr die Erneuerung des Reiches selbst geringzuschätzen mag. Hoffen wir, daß die Zeit nicht ferne ist, wo er durch eine innige Verbindung mit dem Norden sowohl sich selber, als auch wieder achten lernt, aber sagen wir ihm, bis das geschieht, die Wahrheit.

— Der „S. B. H.“ wird aus offizieller Quelle von hier berichtet, die Nachricht sei verfehlt, daß die preussische Vermittelung in Darmstadt bereits zu einer Erledigung der Differenzen geführt habe. Die Korrespondenz fügt hinzu: „Diese Differenzen werden hier sehr ernst genommen, wie sich schon daraus ergibt, daß man einen so hohen Offizier, wie den General v. Bonin, deshalb nach Darmstadt entsandt hat. Es handelt sich nicht um rein dienliche oder technische Fragen, sondern um die dem Großherzogthum obliegenden Verpflichtungen gegen den norddeutschen Bund, und je bekannter die Abneigung der Großherzoglichen Regierung gegen denselben ist, um so begreiflicher ist es, daß ihr Ernst vertragmäßig eingegangener Verpflichtungen eingeschärft wird.“ Es wird also hier erklärt, daß die Großherzogliche Regierung in ihrer Gesamtheit gegen den norddeutschen Bund, dem ein Theil des Großherzogthums angehört, die größte Abneigung hege. Daraus ergibt sich doch wohl, daß mit dem Rücktritt des Kriegsministers sehr wenig ausgerichtet ist, sondern vor Allem Hr. v. Dalwigk das Feld räumen müßte, wenn eine loyale Erfüllung der Bundespflichten gesichert werden soll.

— Das Transportschiff „Rhein“ der königlichen Marine hat Befehl zur Fahrt nach Danzig erhalten, um dort Munition in Ladung zu nehmen für den Bedarf des Artillerie-Depots zu Kiel.

— Die Eröffnung der Badesaison für kranke Soldaten in dem preussischen Militär-Bade-Institut zu Iptitz wird in diesem Jahre am 1. Mai stattfinden.

— Aus der Reihe derjenigen Sekonde-Lieutenants des stehenden Heeres, welche während des Feldzuges von 1866 aus dem Unteroffiziersstande wegen hervorragender Auszeichnung vor dem Feinde zu ihrer Charge befördert wurden, hat jetzt wieder einer, Lieutenant Krause des 2. Garde-Regiments zu Fuß, es vorgezogen, mit Pension aus der Mitte seiner Kameraden zu scheiden. Die Zahl der noch in der Armee vorhandenen, so beförderten Offiziere beläuft sich gegenwärtig nur noch auf zusammen 14 bei den verschiedenen Waffen.

— Das zur Vorlage bei dem Reichstage bestimmte Gesetz zur Regelung der Verhältnisse der Bundesbeamten soll, wie man der „Zöl. Corr.“ versichert, insofern günstigere Bestimmungen enthalten, als danach die Pensions-Versicherung schon mit 10 Jahren eintreten und das Wartegeld auf zwei Drittel erhöht werden soll. Allerdings sollen dabei die Kategorien derjenigen, welche überhaupt zur Disposition gestellt werden können, wesentlich erweitert werden.

— Die Erfahrungen des Feldzuges von 1866 haben den Werth der Telegraphie für Feldkriegsbedürfnisse in so hohem Maße dargelegt, daß deren Ausbarmung auch für den Festungskrieg künftig beabsichtigt wird, unter besonderer Berücksichtigung der durch die Vervollkommenheit des Geschützweßens ebenso bedingten wachsenden Entfernungen aller betheiligten Theile von den Hauptcentren der Festungen, und zur Erleichterung eines durch den leeren Umstand wesentlich erschwerten Zusammenwirkens der Besatzungen der verschiedenen Werke. Es sollen deshalb alle wichtigen festen Plätze des Landes nach und nach mit Telegraphenketten versehen werden, womit bereits in Mainz, Koblenz, Köln und in den schließlichen Festungen vorgegangen worden ist.

Berlin, 16. April. (Norddeutscher Reichstag.) 8. Sitzung. Präsident: Dr. Simson. Am Tische des Reichstags: Präsident Delbrück, zwei Regierungs-Kommissare: später Bundeskanzler Graf Bismarck. Der

Präsident eröffnet die Sitzung mit verschiedenen geschäftlichen Mittheilungen; die während der Ferien eingegangenen Vorlagen werden theils Kommissionen, theils der Schlussberatung überwiesen. Der Antrag des Dr. Löwe, eine schwebende Untersuchung gegen das Reichstagsmitglied Herrn Dunder bis zum Schluß der Session aussetzen zu lassen, soll durch Schlussberatung im Plenum erledigt werden. Referent: Dr. Baehr. — In die Tagesordnung eingehend, begründet zunächst Abg. Wiggers (Berlin) seine Interpellation: „Ob das Bundespräsidium noch während der gegenwärtigen Session den Erlaß eines allgemeinen Wahlgesetzes und Wahlreglements für den norddeutschen Bund zu veranlassen gedenke.“ — Der Präsident Delbrück erwidert: Der Bundesrath habe sich schon im vorigen Jahre mit der beschlossenen Vorlage beschäftigt und dies auch während der gegenwärtigen Session, doch könne er noch keine bestimmte Zusage machen, ob die Vorlage noch in diesem Jahre dem Reichstag vorgelegt werden könne, da die Sache bei der noch längeren Dauer der Legislatur nicht so viele und zunächst bringende materielle Gegenstände den Vorrang benötigten. — Zweiter Gegenstand ist die Interpellation des Abg. R. Wiggers und Genossen: „1) Ist es zur Kenntniss des Bundespräsidiums gelangt, daß die beiden medienburgischen Regierungen gesetzliche Bestimmungen erlassen haben, nach welchen jüdische Glaubensgenossen, welche Grundeigenthum erwerben, von dem mit dessen Besitz verbundenen Rechten der Ausübung der Landherrschaft, der Jurisdiktion und eines wesentlichen Theiles der Polizei ausgeschlossen worden sind? 2) ob und welche Schritte gegenüber diesem im Widerspruch mit dem Bundes-Freiwilligkeitsgesetz stehenden Vorgehen der gedachten beiden Regierungen seitens des Bundespräsidiums geschehen sind oder noch beabsichtigt werden.“ — Der Abg. Wiggers (Berlin) sagt, das Freiwilligkeitsgesetz gewähre Jedermann das Recht der Erwerbung des Grundeigenthums, also des Bürgerrechts. Die Ausübung der mit diesem verbundenen Rechte sei im Gesetz unbeschränkt, werde aber durch die medienburgischen Regierungen verhindert, indem diese die Ausübung der Landherrschaft, Jurisdiktion und eines Theiles der Polizei von dem christlichen Glaubensbekenntnis abhängig machen und verlangen, daß die jüdischen Grundbesitzer ihre Stellvertreter dafür noch bezahlen. Interpellant fragt, ob der Reichsrath die Gesetze zum Spas mache? Uebernommene Pflicht des Bundeskanzlers sei es, sie überall zur Geltung zu bringen.

Bundes-Kommissar, Geheimer Rath Graf Eulenburg: Er sei beauftragt, die Interpellation zu beantworten. Der Bundesrath könne in den Anordnungen der medienburgischen Regierung einen Widerspruch gegen das Freiwilligkeitsgesetz nicht finden. (Hört!) Dieses garantiere das Recht des Grundbesitzers. Ob aber jemand zur Ausübung der Landherrschaft, der Jurisdiktion etc. zugelassen sei, das könne sehr wohl von binglichen und persönlichen Eigenschaften abhängig gemacht werden, ohne daß dadurch das Recht der Freiwilligkeit berührt werde, und eben so wie der Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte Bedingung sei, könne auch das Glaubensbekenntnis als solche angesehen werden. (Unruhe links.) Es sei also nicht Sache des Bundesraths, in dem Sinne der Interpellation gegen die spezielle Gesetzgebung der Staaten einzuschreiten. — Dritter Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der VI. Kommission über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Befugnis zur Eheschließung. — Mehrere Amendements dazu sind eingebracht. — Abg. Miquel findet das Gesetz überhaupt nicht glücklich gefaßt. Besser wäre es gewesen, die polizeilichen Beschränkungen ganz aufzuheben, nicht zu exemplifizieren. Da dies einmal geschehen, müsse es so weit ausgedehnt werden, daß Ausnahmefälle verhindert würden, hinter welche sich die Regierungen und Ortsbehörden, die ohnedem nicht sehr mit dem Gesetz einverstanden wären, verstecken könnten; dahin gehe sein Amendement. — Abg. Graf Daffschewitz: Die Freiwilligkeit laßt den Gemeinden ohnehin große Laften auf, — das werde man erst recht bei der Armengesetzgebung lernen, — man möge sie nicht noch durch übermäßige Erleichterung frühzeitiger Eheschließungen erhöhen. Letztere führten dazu, daß die Armenunterstützungen auf das Allernöthigste beschränkt werden, während manche Armengehülfe bisher den unverschuldeten Armen eine erträgliche Existenz gewährten. Das Eheproletariat möglichst zu verhindern, beabsichtige sein Amendement. — Abg. Wiggers (Berlin): Die Beschränkung des Eheproletariats vermehrt das uneheliche Proletariat. Die Eheschließungen seien noch ein Ausfluß der Leibes-eigenschaft, den man so bald als möglich beseitigen müsse. Der Redner geht speziell auf die Beschränkungen über, welche der Eheschließung in Medienburg entgegenstünden, wo auf dem Lande der Gutsbesitzer das Wohnnehmen verhindern könnte. Er giebt auf Grund des medienburgischen Staatkalenders und anderer Werke Zahlen über das Verhältniß der unehelichen zu den ehelichen Geburten in Medienburg. Im Interesse der Civilisation und namentlich der Arbeiterbevölkerung werde er sich über das Zustandekommen des Gesetzes freuen. — Abg. Kraß und Proß verteidigen ihre eingebrachten Amendements. — Abg. v. Dieß sagt, nach seiner Kenntniss von den Verhältnissen bringe der Gesetzentwurf namentlich den ärmeren Klassen der Bevölkerung ein großes Geschenk, das sehr dankenswerth sei. Er wolle der Gesetzgebung Dank dafür aussprechen: Der Zustand in dieser Beziehung sei namentlich in den kleineren deutschen Staaten unerträglich geworden.

Bundeskommissar Graf Eulenburg: Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, eine allgemeine Fassung zu wählen, um die zahlreichen verschiedenen Riegel fortzuschleichen, die in der Gesetzgebung der einzelnen Staaten existieren. Insofern genüge die Fassung. Die Grenze der bürgerlichen und polizeilichen Eheschließungen zu definieren, sei allerdings schwierig. Bei einem Zusammenhalten der Bestimmungen könne aber wohl kein Zweifel darüber entstehen; eine andere Fassung erscheine wohl nicht notwendig und er empfehle daher die der Kommission. — Abg. Dr. Braun (Wiesbaden) als Referent: Um Medienburg eine kleine Linderung zu verschaffen, wolle er konstatieren, daß in Baiern das Verhältniß der unehelichen Geburten noch stärker sei, nämlich 24 Prozent, während es in Medienburg 20 Prozent betrage. Ein volkswirtschaftlicher bairischer Schriftsteller habe nachgewiesen, daß, wenn nur diejenigen Personen heiratheten, die nach den dortigen gesetzlichen Beschränkungen heirathen könnten, in 150 Jahren der ganze Staat ausgestorben sein würde. (Gelächter.) Wenn das in Medienburg, wie der Herr Graf v. Daffschewitz gesagt, gesunde Zustände wären, so müsse er gestehen, er liebe die Kranken vor. Man möge doch nur auf Pommeren sehen, wo seit 50 Jahren die Verheirathungsfreiheit bestehe und nichts von den schlimmen Prophezeiungen zu merken sei. Das Recht zu heirathen habe nichts mit den Heirathrechten zu thun. Sache der Gesetzgebung sei es, die Knoten, die in das natürliche Recht geknüpft worden, wieder zu lösen. — Die Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln müsse an und für sich auf das Nothwendigste beschränkt werden, sonst erziehe man ein Geschlecht von Bettlern. — Die Schuld an dem deutschen Bagadonenthum trage die bisherige Gesetzgebung, die Kleinfamilie. Das einzige Mittel, Deutschland von dieser Krankheit zu befreien, sei die Beseitigung der verrotteten Institutionen. — Wenn man alle bestehenden Beschränkungen speziell hätte beseitigen wollen, würde das Gesetz einen Folio-band gefüllt haben. Gewisse Exemplifizierungen hätten aber stattfinden müssen, um Zweifel zu beseitigen. — Späte Ehe machen frühe Waisen! — Preußen sei der erste große Staat, welcher sich von den Beschränkungen befreit, dann Sachsen. Dagegen hätten, veranlaßt durch Landräthe, die sich liberal nannten, die Süddeutschen Württemberg, Baiern und Hessen einen Rückweg vorgeschlagen.

In der Spezialdebatte nahm zu §. 1 das Wort der Abgeordnete Grunbrecht: Auch ich halte eine möglichst deutliche Fassung des Gesetzes für dringend notwendig, finde aber, daß der Kommissions-Entwurf dieser Anforderung weniger entspricht, als die Regierungsvorlage. Die letztere geht weiter als jene, denn sie will das natürliche Recht der Eheschließung



jedem Bürger ohne Beschränkung wiederzugeben; der Kommissions-Entwurf dagegen führt nur eine Anzahl spezieller Fälle auf, unter denen eine Beschränkung unzulässig sein soll. Eine derartige Exemplifikation halte ich für sehr gefährlich, denn sie giebt der Partikular-Gesetzgebung die Möglichkeit, jeden Augenblick für einen im Bundesgesetz nicht vorgesehenen Fall neue Beschränkungen einzuführen. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme der Regierungsvorlage. — Referent Dr. Braun: Der Vorredner scheint bei der Behauptung, das die Regierungsvorlage jede Beschränkung ausschließt, den Wortlaut derselben nicht im Gedächtnisse gehabt zu haben. Sie verzieht auf eine Einschränkung der Befugnisse nur insoweit, als diese nicht nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts erforderlich ist. Durch Beibehaltung dieser Bestimmung würden wir zur Hintertür das wieder einführen, was wir durch den Anfang des Paragraphen beseitigen wollten. — Abg. Graf Bassewitz: Mein Amendement will keineswegs auf das frühere Trauschein-System zurückkommen, es beabsichtigt nur, die notwendigen Vorbedingungen der Beschließung, Wohnung und Gemeindeangehörigkeit, als Forderung anzustellen. Ein spezielles Interesse des großen Grundbesitzes hat mir dabei fern gelegen; der Mecklenburger Grundbesitzer ist in dieser Beziehung nicht anders gestellt, als der in Pommern und der Mark, ja in Preußen stehen dem Grundbesitzer sogar kräftigere Mittel zu Gebote, sich eines Erwerbsunfähigen zu entledigen, als in Mecklenburg. Meine Behauptung, daß durch die neue Bundesgesetzgebung das Bagabundenwesen an Umfang gewinnen, ist durch den Hinweis auf die preussischen Verhältnisse durchaus nicht widerlegt. Gerade hier haben die darüber geführten Listen den Nachweis geliefert, daß die Zahl der Bagabunden eher eine steigende als abnehmende ist. — Bundeskommissar Dr. Eulenburg: Die Annahme der zuletzt vertheidigten Amendements würde die Wirksamkeit des Gesetzes auf ein Niveau herabdrücken, welches es zweifelhaft erscheinen läßt, ob der Erfolg desselben überhaupt noch gerechtfertigt sein würde. Den Ausführungen derer gegenüber, welche den Sinn des Gesetzes klarer gefaßt wissen wollen, muß ich den Wortlaut der Regierungsvorlage als den besten aufrecht erhalten. Namentlich wird der vom Abg. Dr. Braun angegriffene Satz, daß die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes in den Vorschriften des bürgerlichen Rechts ihre Grenzen finden sollen, nicht entbehrt werden können. Die Amendement des Abg. Riquel scheint mir, wenn auch unschädlich, so doch überflüssig, während ich in dem Amendement des Abg. Dr. Prosch eine entschiedene Verbesserung des zweifelhaft gefaßten Kommissionsvorschlages sehe.

Abg. Riquel vertheidigt sein Amendement, das nach den von ihm gemachten Erfahrungen durchaus nicht bedeutungslos sei. — Der Referent schließt sich der Ansicht des Vorredners an, worauf §. 1 der Kommissionsvorlage mit den Amendements der Abgeordneten Dr. Garnier und Prosch unter Abschneidung des v. Bassewitz'schen Amendements fast einstimmig angenommen wird. §. 2 wird ohne Debatte angenommen, ebenso §. 3, nachdem Graf Bassewitz sein Amendement zurückgezogen, §. 4 beibehalten. Bei §. 5 (die Bestimmungen des bürgerlichen Rechts werden durch dieses Gesetz nicht berührt) wird das Amendement Theil abgelehnt, ebenso das Amendement Kray, und der Paragraph unverändert angenommen. — §. 6 des Entwurfs wird ohne Debatte angenommen. — Aber das ganze Gesetz soll in der nächsten Sitzung abgestimmt werden, sobald die gefaßten Beschlüsse zum Ausdruck gekommen sind. — Die Kommission schlägt außerdem folgende Resolution vor: „Für den Fall der Annahme des Gesetzes dem Hrn. Bundeskanzler zu empfehlen, spätestens in der nächsten Session des Reichstages den Entwurf eines allgemeinen Heimathgesetzes für den norddeutschen Bund dem Reichstage vorzulegen.“ — Bundeskommissar Graf zu Eulenburg: Die Bundesgewalt hat bereits Vorbereitungen getroffen, um dem in der Resolution ausgesprochenen Wunsche nachzukommen. (Beifall.) — Die Resolution wird angenommen. — Es folgen Wahlprüfungen. — Gelegentlich der angegriffenen Gültigkeit der Wahl des Abg. von Hellborn bemerkt Bundeskanzler Graf Bischoff unter andern: Ich muß für die Regierungen das Recht in Anspruch nehmen, daß sie durch jedes Mittel und durch jedes Organ kund thun, was sie selbst gewählt zu sehen wünschen. Es liegt das in der Wahlfreiheit der Regierungen, die eben so gut ihre Berechtigung hat, wie die der Parteien und namentlich der der Regierung entgegengegesetzten Partei. Zu wissen, wen die Regierung gewählt zu sehen wünscht, haben die Wähler ein Recht, weil sehr viele Wähler die Ansicht haben, für die Regierung im Prinzip zu stimmen, wie andere gegen die Regierung. Damit sie das können, müssen sie ungeweiht über die Wünsche der Regierung aufgeklärt sein, sonst könnte es unter Umständen vorkommen, daß jemand aus Versehen sogar für die Regierung stimmt. Dies Recht der Regierungen wollte ich konstatieren. Sie haben das Recht so gut wie jeder Privatmann; wozu sie nicht das Recht haben, das sind Drohungen, Inaussichtstellung von Vortheilen, Nachtheilen oder dergleichen. Die Wahl wird nach längerer Debatte für gültig erklärt.

Schluß 3½ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: 1) Zweite Abstimmung über das Beschließungsgesetz. 2) Antrag Wagner-Bland, gemeinsames Strafrecht betreffend. 3) Antrag Regid, Sicherung des Privateigentums zur See im Kriege. 4) Antrag Böwe (Referent Bähr). 5) Schlussberatung über den Antrag Waldeck (Diäten). 6) Desgleichen über den Antrag Vasser (Weberfreiheit).

**Darmstadt, 16. April.** Prinz Ludwig hat die von ihm eingereichte Demission als Kommandeur der Armee-Division zurückgenommen. Sämtliche Sektionen des Kriegsministeriums sind ihrer Dienste enthoben. Major v. Donnerstein ist mit der Intendantur-Verwaltung beauftragt.

#### Ausland.

**Wien, 16. April.** Der italienische Gesandte am kaiserlichen Hofe, Marchese Depoli, ist nach Ofen abgereist, um dem Kaiser seine Kreditiv zu überreichen.

**Peß, 14. April.** In einer heute abgehaltenen Honvedsitzung beantragte Klapka, Perczel sei aufzufordern, das Präsidium niederzulegen, und der Central-Ausschuß solle von dem Projekte einer allgemeinen Landes-Honved-Versammlung absehen. Der Vorschlag Klapka's wurde angenommen. (Also Klapka nunmehr wider Perczel, Klapka und Perczel wider Kossuth und Kossuth wider Belde!)

**Peß, 16. April.** In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Finanzminister Lonyay 14 Steuergesetzentwürfe und die Budgetvorlage ein. Danach betragen die ordentlichen Einnahmen 98, die außerordentlichen 47, die ordentlichen Ausgaben 100, die außerordentlichen 35 Mill. Gulden. Die Steuer für Salz wird nicht erhöht, die für Tabak ermäßigt.

**Paris, 16. April.** Die „Patrie“ sagt, daß die Rede, welche der Minister Baroche in Rambouillet gehalten, den Departements offiziell als ein Ausdruck der französischen Politik bezeichnet sei.

**Paris, 16. April.** „Patrie“ bestätigt das Dementi, welches bereits von anderer Seite der Meldung, daß in Paris und Berlin Vorschläge über gemeinsame Entlassung ausgetauscht wurden, ertheilt worden war. Dasselbe Blatt gedenkt gleichzeitig des befehlgebenden Verhältnisses, welches gegenwärtig zwischen den beiden Staaten herrscht.

**Florenz, 16. April.** Die „Nazione“ erzählt, daß der Finanzminister heute den Kammern einen Antrag zu dem Kriegs- und Marine-Budget vorlegen wird, in welchem weite Erparungen im Betrage von 25 Millionen nachgewiesen sind.

**Turin, 16. April.** Die Prinzessin Clotilde, Gemahlin des Prinzen Napoleon, und die Königin von Portugal sind hier eingetroffen, um der Vermählungsfeier ihres Bruders, des Kronprinzen Humbert, beizuwohnen. — Graf Cam Gallas ist in Florenz angekommen.

**Bologna, 16. April.** Von den Arbeitern, welche in den letzten Tagen einen Strike machten, haben die meisten ihre Beschäftigung wieder aufgenommen. Die Stadt ist ruhig, doch werden die militärischen Vorsichtsmaßregeln beibehalten. Es sind viele

Verhaftungen vollzogen worden. — Gestern Abend fand eine demokratische Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, den Strike aufzugeben und dem Parlamente eine Petition um Erleichterung der Abgabenlast und gegen die ungerechte Vertheilung der Einkommensteuer zu übergeben. Auch soll die sofortige Freilassung der verhafteten Personen gefordert werden.

**London, 14. April.** Die israel findet offenbar Beschmaad an journalistischer Polemik. Wieder ist heute ein Brief von ihm veröffentlicht — man darf füglich annehmen, nicht ohne seine Einwilligung — in welchem er einem seiner Wähler erklärt, was er mit seiner im Parlament zuletzt gebrauchten Aeußerung, daß die Ritualisten der Hochkirche sich mit den irischen Katholiken gegen die irische Staatskirche verschworen hätten, eigentlich gemeint habe. — Auch von Gladstone ist ein Brief über dasselbe Thema in die Öffentlichkeit gedrungen. Man wird sich eines anonymen „Eingefandts“ im „Herald“ erinnern, in welchem behauptet wurde, daß Gladstone, im geheimen Einverständnis mit den sog. Ultramontanen, das Papstthum in Irland wieder zur Herrschaft bringen wolle. Darauf hin schreibt er an einen seiner Wähler, der ihn auf dieses Eingefandts aufmerksam gemacht hat: „Ich bedaure von Herzen, daß ein Journal sich zu seiner Unehre dazu hergegeben hat, die Verantwortlichkeit für die Veröffentlichung einer solchen Aufschrift zu übernehmen. In soweit, als sie mich betrifft, enthält sie von Anfang bis zu Ende kein wahres Wort.“

— Aus Irland wird telegraphisch und von allen Zeitungen über die ungeheure Aufregung berichtet, mit welcher das enthuftastische Volk auf der grünen Insel der Ankunft des Thronerben entgegensteht. Die Frequenz auf der Eisenbahnstrecke von Dublin nach Tralee war in diesen Tagen eine so starke bereits, daß die nach Dublin berichteten Zahlen des Passagierverkehrs dort für unrichtig angesehen wurden. Die Haupttage für diese Linie werden indessen die Sonntage, Donnerstag und Freitag sein. Pundestown heißt der Schauplatz derselben, doch würde die Annahme von dem Städtenamen auf eine vorhandene Stadt zu schließen eine Irrthum sein. Der Ort ist „Stadt des Pund“ genannt worden, eben weil er keine Stadt ist.

**Plymouth, 16. April.** Der Dampfer „Georg“ ist heute nach Reparatur der erhaltenen Schäden nach Danzig abgesegelt.

**Petersburg, 16. April.** Die in Pariser Blättern enthaltenen beunruhigenden Nachrichten haben auf die hiesige Börse keinen Einfluß gehabt. — Die aus Mitgliedern des Reichsraths bestehende Tarif-Kommission hat unter Betheiligung des Großfürsten-Thronfolgers die von der früheren Kommission ausgearbeiteten Tarifsätze ohne Abänderung genehmigt. — Nachrichten aus Central-Asien zufolge sind die Beziehungen Rußlands zum Chan von China außerordentlich günstig. Viele Turkmenen treten auf russisches Gebiet über.

**Konstantinopel, 14. April.** Der russische Gesandte General Ignatieff machte gestern bei der Pforte seine offiziellen Besuche und wird noch in dieser Woche eine Audienz beim Sultan haben.

**Belgrad, 16. April.** Der Minister z. D. Niksic wird sich in besonderer Mission nach Berlin und Paris begeben. Das Journal „Bilbovan“ konstatirt, daß Seitens der türkischen Regierung Truppen an der serbischen Grenze konzentriert werden.

#### Pommern.

**Stettin, 17. April.** Bekanntlich hatte der Militärklub vor einiger Zeit der Stadt gegen eine Entschädigung von 50,000 Thlr. die Befestigung der Bastion X. angeboten, um das gewonnene Terrain theils zu Straßen und zu einem Marktplatz an die Stadt abzutreten, theils zu Baustellen zu verkaufen, resp. selbst zu verwenden. Der hierüber abzuschießende Rrzh war sodann vom Magistrat im Entwurfe der Stadtverordneten-Versammlung befürwortend vorgelegt, von letzterer in seiner Fassung aber abgelehnt, jedoch zur Anbahnung einer anderweitigen Verständigung eine gemischte Kommission beantragt, in welche der Magistrat auch seinerseits Deputierte entsenden sollte. Diesen Antrag lehnte der Magistrat bekanntlich ab, da nach seiner Auffassung das den Rrzh pure abweisende Votum der Stadtverordneten jedwede Basis zu weiteren Verhandlungen ausschloß. Wie nun die „N. St. Z.“ glaubwürdig erzählt, hat nunmehr das Kriegsministerium definitiv beschloffen, von dem Thürmchen auf der Mauer an der Oberthorrampe bis zur abgestumpften Ecke der Bastion X. an der Bollwerkstraße eine starke Festungsmauer zu ziehen, um dem Werke so einigen Abschluß zu geben. Es wäre die Ausführung dieses Projekts um so mehr zu bedauern, als damit bei dem großen Mangel an Baustellen innerhalb der Festung ein für Bauten höchst günstiges Terrain, auf dem voraussichtlich eine Reihe der Stadt zur Bieder gereicher Gebäude entstanden wäre, für lange Zeit entzogen werden würde.

— Die erledigte Domänen-Rentmeister-Stelle in Pyritz ist vom 1. Mai d. J. ab dem Kreis-Sekretär Koch zu Udermünde und die Kreis-Sekretär-Stelle zu Udermünde von demselben Zeitpunkt ab, dem bei der königlichen Ober-Rechnungskammer beschäftigten Civil-Supernumerar Maas verfallen worden. — Maas verbleibt in seiner Beschäftigung bei der königlichen Ober-Rechnungskammer und ist mit der kommissarischen Verwaltung der Kreis-Sekretär-Stelle zu Udermünde der Civil-Supernumerar Jäger betraut worden.

— Der Oberst v. Reichenbach, Kommand. des Gren.-Regts. Königl. Friedr. Wilh. VI., ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit Pension und der Regts.-Unif. zur Disp. gestellt; v. Sanden, Maj. z. Disp., zuletzt Hptm. u. Plamajor in Colberg, mit seiner bish. Pens. nebst Aussicht auf Civilvers. und der Unif. des östpr. Gren.-Regts. Nr. 1 Kronprinz, der Abschied bewilligt; v. Puttkamer, Port.-Fähn. vom 8. pomm. Inf.-Regt. Nr. 61, zum Sek.-Lt., v. Dube, Pr.-Lt. von der Inf. 1. Aufg. und interim. Komp.-Führer vom 2. Bat. (pr. Stargard) 8. pomm. Landw.-Regts. Nr. 61, zum Hauptm. und Komp.-Führer befördert; v. Bock, Prem.-Lt. von der Inf. 2. Aufg. 1. Bats. (Anclam) 1. pomm. Landw.-Regts. Nr. 2; Reibel, Pr.-Lt. von der Kavall. 2. Aufg. dess. Bats.; Jäger, Pr.-Lt. von der Art. 2. Aufg. 2. Bats. (Schneidemühl) 3. pomm. Landw.-Regts. Nr. 14; Hempenmacher, Pr.-Lt. von der Inf. 1. Aufg. 1. Bats. (Cölln) 2. pomm. Landw.-Regts. Nr. 9; Smalian, Sek.-Lieut. von der Inf. 2. Aufg. 1. Bats. (Schlawe) 6. pomm. Landw.-Regts. Nr. 49, der Abschied bewilligt; v. Wiedell, Sek.-Lt. von der Inf. 2. Aufg. 1. Bats. (Inowracław) 7. pomm. Landw.-Regts. Nr. 54, als Prem.-Lt.;

Stettin, Sek.-Lt. von der Inf. 2. Aufg. 2. Bats. (Cölln) 2. pomm. Landw.-Regts. Nr. 9; v. Verjen, Sek.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. dess. Bats.; v. Redow, Pr.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. 2. Bats. (Stolz) 6. pomm. Landw.-Regts. Nr. 49; Wedmann, Sek.-Lt. von der Kav. 2. Aufg. dess. Bats., diesem als Prem.-Lt., allen fünf mit ihrer bish. Unif., wie solche bis zum Erlaß der Kav.-Ordre v. 2. April 1857 getragen wurde, — der Abschied bewilligt; v. Düring, Major a. D., früher im ehemals hannov. 3. Inf.-Regt., zuletzt im 3. pomm. Inf.-Regt. Nr. 14, mit seiner Pension zur Disp. gestellt.

— Mittels Allerhöchster Ordre vom 11. v. M. ist zur Errichtung einer katholischen Pfarre in Colberg, Regierungsbezirk Cölln, unter Abtrennung von dem bisherigen Pfarrverbande mit der Kirche zu Cölln, die staatliche Anerkennung erteilt worden. Zufolge der fürstbischöflichen Errichtungs- und Umschreibungs-Urkunde gehören zu dieser neu errichteten Pfarre: a) jener Theil des Kreises Fürstenthum (Cölln), der im Norden von der Ostsee, im Westen und Süden durch die Kreisgrenze und im Osten durch eine Linie von dem Dorfe Passow bis Funkenhagen begrenzt ist (so daß die Dörfer Passow, Warmin, Varchmin, Rordeshagen, Hohenfelde und Funkenhagen noch bei Cölln verbleiben) und b) der ganze Kreis Greifenberg mit den Städten Greifenberg und Treptow.

— Vom 20. v. M. ab geht der Ort Neuenkirchen nebst Ausbauten (darunter Neu-Amerika) von dem Bestellbezirk von Neutorney auf den von Grambow über.

— In den Tagen vom 11. bis inkl. 15. April wurden hier an Getreide eingeführt: 4520 Wpl. 20 Schffl. Weizen, 3734 Wpl. 2 Schffl. Roggen, 1253 Wpl. 14 Schffl. Gerste, 301 Wpl. 3 Schffl. Hafer, 269 Wpl. 14 Schffl. Erbsen, 770 Wpl. 16 Schffl. Kartoffeln.

— Der Frau Buchhalter R. ist bei Gelegenheit des Umzuges aus ihrer Wohnung eine goldene Cylinderruhr mit langer goldener Kette, an der sich eine in einer Kapsel befindliche Photographie nebst goldenem Schlüssel mit Pferdekopf befand, gestohlen worden.

#### Schiffsberichte.

**Swinemünde, 16. April.** Vormittags. Angelommene Schiffe: Sophie, Sörensen; Stolz (SD), Ziemle von Kopenhagen. In Sicht: Lady of the Lake, Spindley von Newcastle. Wind: W. Revier 14½ F. Strom ausgehend. 1 Dampfer ostwärts ankommend.

— 16. April, Nachmittags. Matilde, Schwarz von Kopenhagen. Wilhelm Tell (SD), —. Grubbe (SD), Dehne von Stolpmünde. Nordstern (SD), Wall von Elbing. Wind: SW. Revier 14½ F. Strom ausgehend.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin, 17. April.** Bitterung; regnigt. Temperatur + 7° R. Wind: NO.

#### Au der Börse.

Weizen anfangs fest, Schluß sehr matt, per 2125 Pfd. loco nach Qualität gelber inländischer u. märk. 103—107  $\frac{1}{2}$  bez., ungarischer 90—103  $\frac{1}{2}$  bez., bunter 100—105  $\frac{1}{2}$  bez., weißer 106—112  $\frac{1}{2}$  bez., 83—85sp. gelber Frühjahr 104½, 105, 104½,  $\frac{1}{2}$  bez., Dr. u. Ob., Mai-Juni 103½  $\frac{1}{2}$  bez. u. Br., Juni-Juli 103, 102½  $\frac{1}{2}$  bez. u. Br.

Roggen schließt matt, pr. 2000 Pfd. loco nach Qualität 70—74½  $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr 72½, 72  $\frac{1}{2}$  bez. u. Ob., Mai-Juni 72, 71½,  $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 70½, 70  $\frac{1}{2}$  bez., 70½ Dr. u. Ob., Juli-August 65½  $\frac{1}{2}$  bez. u. Br., Sept.-Oktober 59  $\frac{1}{2}$  bez. u. Br.

Serke unverändert, per 1750 Pfd. loco Oederbruch 53, 53½  $\frac{1}{2}$  bez., mähr. u. schel. 54—55  $\frac{1}{2}$  bez. Hafer per 1300 Pfd. loco 37—38  $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr 47—50sp. 38  $\frac{1}{2}$  bez.

Erbsen Futter loco 65—67  $\frac{1}{2}$  bez., Rogg. 70  $\frac{1}{2}$  bez. Weizen loco per 2250 Pfd. 52  $\frac{1}{2}$  bez. Rappachen fremde frei Bahn gestern 1  $\frac{1}{2}$  27  $\frac{1}{2}$  bez., heute 1  $\frac{1}{2}$  27½  $\frac{1}{2}$  bez.

Rübsöl fest, loco 10½  $\frac{1}{2}$  bez., April-Mai 10½  $\frac{1}{2}$  bez., 10½  $\frac{1}{2}$  Ob., Mai-Juni 10½  $\frac{1}{2}$  bez., Sept.-Oktober 10½  $\frac{1}{2}$  bez., 10½ Ob., Leinsaat Bernauer loco 13, 13½  $\frac{1}{2}$  bez.

Spiritus fest und etwas höher, loco ohne Fass 20½, 20½  $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr 20½, 20½  $\frac{1}{2}$  bez., Mai-Juni 20½, 20½  $\frac{1}{2}$  bez., Juli-August 20½, 20½  $\frac{1}{2}$  bez., Aug.-Sept. 20½  $\frac{1}{2}$  bez., 20½ Ob., Regelmäßig 200 Wopl. Roggen.

Regulirungs-Preise: Weizen 104½, Roggen 72½, Hafer 38, Rübsöl 10½, Spiritus 20½.

**Berlin, 17. April.** 2 Uhr 4 Min. Nachmittags. Staats-Scheine 81½ bez. Staats-Anleihe 4½  $\frac{1}{2}$  bez. 95½ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Polener Eisen.-Aktien 93½ bez. Oesterr. National-Anleihe 54½ bez. Pomm. Pfandbriefe 85½ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 186½ bez. Amerikaner 76½ bez. Weizen pr. April-Mai 91½, ½ bez. Roggen pr. April-Mai 69½, 70½ bez., Mai-Juni 69½, 69½  $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 68, 68½  $\frac{1}{2}$  bez. Rübsöl loco 10½, 10½  $\frac{1}{2}$  bez., April-Mai 10½, 10½  $\frac{1}{2}$  bez., Sept.-Oktober 10½, 10½  $\frac{1}{2}$  bez., Spiritus loco 20 bez., April-Mai 19½, 19½  $\frac{1}{2}$  bez., Mai-Juni 19½, 19½  $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 20½, 20½  $\frac{1}{2}$  bez.

**Hamburg, 16. April.** Getreidemarkt. Roggen loco und auf Termine sehr still, Termine abwärts. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 177 Bankothaler Br., 176 Ob., per Frühjahr 177 Br., 176 Ob., pr. Juli-August 170 Br. u. Ob. Roggen pr. April 5000 Pfd. Netto 130½ Br., 129½ Ob., per Frühjahr 129 Br., 128 Ob., pr. Juli-August 116 Br., 115 Ob. Hafer still. Rübsöl ruhig, loco 28½, Mai 23½, per Oktober 23½. Spiritus sehr stille. Kaffee behauptet, verkauft 2366 Sack Santos schwimmend. Zint stille. — Regenwetter.

**Amsterdam, 16. April.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine niedriger, per Mai 279½, pr. Juni 274½, pr. Juli 270.

#### Stettin, den 17. April

Hamburg	6 Tag.	151½ bz	St. Börsenhans-O.	4	—
Amsterdam	2 Mt.	151½ B	St. Schanapli-O.	5	—
London	8 Tag.	143½ B	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
Paris	2 Mt.	—	Used. Woll.-Kreis-O.	5	—
Bremen	10 Tag.	6 25½ bz	Pr. National-V.-A.	4	116½ B
St. Petersburg	3 Mt.	6 24½ B	Pr. See-Assecuranz	4	750 B
Wien	10 Tag.	81½ G	Pomerania	4	116 B
Frouss. Bank	2 Mt.	—	Union	4	104 G
Sta.-Anl. 5457	4½	—	St. Speicher-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
Pomm. Pfdb.	3½	—	N. St. Zuckersied.	4	—
"Rentenb.	4	—	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Bredower	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—	Walzmühle	5	—
"Prior.	4	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Stadt-O.	4½	94 B	St. Dampfschiff-V.	5	—
			Neue Dampfer-C.	4	96 B
			Germania	101 B	—
			Vulkan	118 B	—
			St. Dampfmühle	4½	114 B
			Pommerensd. Ch. F.	4	—
			Chem. Fabrik-Ant.	4	—
			St. Kraftdünge-F.	—	—
			Gemeinn. Bauges.	5	—